

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3012

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3012



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Pandemie hat mit Ökologie und Gerechtigkeit zu tun!

*Resolution des ZK der Kommunistischen Partei (Schweiz) zur
Landwirtschafts- und Ernährungspolitik vom 26. Juni 2020*





www.partitocomunista.ch

www.kommunisten.ch

Übersetzt aus dem Italienischen mit Hilfe von DeepL.com/Translator. Obwohl die Begriffe in der männlichen Form ausgedrückt sind, sollten sie natürlich auch in der weiblichen Form verstanden werden.

Pandemie hat mit Ökologie und Gerechtigkeit zu tun!

*Resolution des ZK der Kommunistischen Partei (Schweiz)
vom 26. Juni 2020*

Eine angekündigte Katastrophe

Im Risikobericht des Bundesrates aus dem Jahr 2012 stand die Pandemie ganz oben auf der Risikoliste für unser Land, in der Version von 2015 wird das Pandemierisiko vom Blackout überwogen. Doch die Makrotrends Klimawandel und Globalisierung haben die Pandemie entstehen lassen. Obwohl der Ursprung von Sars-Cov2 noch unklar ist, gehört zu den Angeklagten der Markt in Wuhan, wo traditionelle chinesische Praktiken noch als veraltet gelten.

In den letzten Jahren war China mit tiefgreifenden Veränderungen konfrontiert, um seine Bevölkerung aus der Armut zu befreien. Das hat kulturelle und ökologische Auswirkungen mit sich gebracht. Aber auf lange Sicht wird China zum Hauptakteur bei der Bestimmung einer nachhaltigen Entwicklung auf nationaler und globaler Ebene werden. Bei gebührender Einordnung in den Kontext und unter Berücksichtigung der Ziele und Ansätze ist ein Unterschied auszumachen zwischen der landwirtschaftlichen Entwicklung Chinas und der Landausbeutung zur Gewinnmaximierung, wie sie von westlichen multinationalen Konzernen vor allem in den Ländern des Südens betrieben wird. Da kann es nützlich sein, sich die Verbindung zwischen Abholzung und Pandemie vor Augen zu hal-

ten, die David Quammen 2012 in dem Buch Spillover oder der Artensprung eines Virus aufzeigt. Es ist bekannt, dass 75% der neu auftretenden Infektionskrankheiten, die den Menschen betreffen, tierischen Ursprungs sind. 1998 verursachte das Nipah-Virus in Malaysia Hunderte von Fällen von Enzephalitis. Dieses Virus wurde von Fledermäusen beherbergt, die, aus dem für den Anbau von Ölpalmen zerstörten Wald vertrieben, auf neue Obstbäume in der Nähe von industriellen Schweinefarmen umzogen. Ebola entwickelte sich auf ähnliche Weise. Aus diesen Erfahrungen hätte man viel mehr lernen müssen, aber die westliche Welt beschäftigt sich nur selten mit Krankheiten, die sie als weit entfernt und auf arme Staaten beschränkt wahrnimmt. Das liegt auch am Hochmut einer führenden Medizin und an der Minderung der Wachsamkeit gegenüber den Krankheiten der Vergangenheit, die durch das universelle Gesundheitssystem und den Wohlfahrtsstaat besiegt wurden, der die Lebensbedingungen auch unter hygienischen Gesichtspunkten verbessert hat. Diese Privilegien sind in vielen Nationen nicht zu finden, und selbst dort, wo sie als etablierte Errungenschaften wahrgenommen werden, sind sie oft nicht garantiert. Die Präzisionsmedizin hat ihren Überblick verloren, weil sie Umweltfaktoren wie die Feinstaubbelastung unterschätzt hat, die ganze Regionen viel anfälliger gemacht hat, in denen sich das Coronavirus in einer Bevölkerung mit geschwächten Atemwegen leichter ausbreiten konnte. Die Kommunistische Partei hat dieses Problem bereits mehrfach angesprochen und fordert kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, wenn die gesetzlichen Grenzwerte überschritten werden. Feinstaub entsteht durch Automotoren, aber auch der Abbau von Heizungen, die mit nicht erneuerbarer Energie betrieben werden, das Bauen nach Minergie-Standard und die Regulierung der Emissionen der Industrie sind notwendig.

All dies darf aber keinesfalls durch neue Steuern, die die Kaufkraft schmälern, auf die ohnehin gebeutelten unteren Schich-

ten abgewälzt werden. Ein erhoffter ökologischer Übergang darf niemals den Klassenkampf zurückstellen; er muss immer die sozialen Aspekte und eine erneuerte Rolle des Staates berücksichtigen, der zunehmend in der Lage versetzt werden muss, den Produktionsprozess zu planen und zu kontrollieren.

Der ökologische Fussabdruck wird in den Produktionsprozessen und bei der Preisbildung berücksichtigt werden müssen, sowohl im Binnenhandel als auch bei Importen. Spillover ist in der Tat nicht nur ein Begriff aus der Biologie, der sich auf Viren bezieht, sondern wird in den Wirtschaftswissenschaften zur Definition positiver und negativer externer Effekte verwendet. Die Praxis der fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften lagert unerwünschte, d.h. giftige und umweltschädliche Produktionsmethoden systematisch in Drittländer aus, wie z. B. bei der Intensivtierhaltung, der Verwendung synthetischer Produkte in der Landwirtschaft und der Abholzung von Wäldern. Die Globalisierung hat einem Fördermodell freien Lauf gelassen, das von einigen wenigen Finanzclustern umgesetzt wird, die vorübergehend grosse Teile des Territoriums besetzen, um kurzfristig riesige Profite aus Monokulturen zu erzielen, die sich leicht auf dem Weltmarkt verkaufen lassen. Das typische Beispiel ist Mato Grosso und die Produktion von Soja. Sobald die Fruchtbarkeit dieser Böden ausgelaugt ist, zieht das Grosskapital, das 50% der Sojaproduktion in Argentinien und 59% in Brasilien kontrolliert, nach Mosambik weiter.

Nahrungsmittelversorgung und Ernährungssouveränität

Die Pandemiekrise hat die Aufmerksamkeit auf Selbstversorgung und einheimische Nahrungsmittelproduktion gelenkt. Es gibt viele mehr oder weniger treffende Parallelen zur Kriegsrationierung und

zum Plan Wahlen, dessen berühmtestes Bild das Kartoffelfeld auf der Zürcher Sechseläutenwiese ist. Die Versorgungsquote lag im Jahr 2017 mit 59 % leicht unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre (etwa 60 %), aber deutlich höher als im Vorjahr (56 %). Agroscope wies in ihrem Bericht vom 19. Juli 2018 darauf hin, dass die Schweizer Bevölkerung mit wenigen Änderungen in der Ernährung weitgehend mit heimischen Agrarrohstoffen ernährt werden könnte. Es ist zwar beruhigend zu wissen, dass Versorgungskrisen mit einem geringeren Verzehr von Schweinefleisch und Eiern und einem höheren Verzehr von Milchprodukten überwunden werden können, aber man darf dabei nicht vergessen, an die Abhängigkeit vom Ausland bei Saatgut, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln zu denken.

Meteo Schweiz berichtet, dass die Niederschläge über die drei Wintermonate 2019/20 sehr ungleichmässig verteilt waren. Während der Dezember von starken Regenfällen geprägt war, fielen im Januar und Februar nur sehr wenige Niederschläge. Die Mengen auf der Alpensüdseite und im Engadin erreichten nur 10–30 Prozent der Norm 1981 bis 2010. Lokal waren die Mengen mit nur 5–10 Prozent der Norm noch geringer (MeteoSchweiz, Klimabulletin Winter 2019–2020). Dies ist eine Situation, die bereits in den vergangenen Jahren aufgetreten ist und sich zu verschärfen scheint, was eindeutig auf den Klimawandel zurückzuführen ist. Die Folgen für dieses Jahr sind leicht absehbar: geringere Futterproduktion, höherer Wasserbedarf für die Bewässerung. Die Dürre im Sommer 2018 hatte erhebliche Auswirkungen auf die Futterproduktion, die einige Landwirte dazu gezwungen hatte, ihren Viehbestand zu verkaufen, Futter zu kaufen und die Sommerperiode zu verkürzen. Die Ernte von Getreide, Rüben und Äpfeln ist 2018 stark zurückgegangen, und der Bewässerungsbedarf bei Kartoffeln und Mais ist gestiegen.

Starkes Agrar- und Ernährungssystem

Von einigen Autarkieambitionen müssen wir absehen, da aus klimatischen Gründen und wegen der Endlichkeit der Schweizer Ackerfläche die Produktion von Qualitätssaatgut einiger Gemüsearten im Ausland stattfinden muss. Ein einziges Produkt, das häufig konsumiert wird, soll als Beispiel dienen: Der Hartweizen, der für Nudeln verwendet wird, wächst in den meisten Teilen des Landes nicht gut. Abzulehnen ist die gezielte und egoistische Entscheidung, chemische Produkte (Düngemittel und Pflanzenschutzmittel) von Industrien in anderen Ländern zu kaufen; deren Produktion ist für die dortige Bevölkerung und Umwelt schädlich.

Im Rahmen des Aktionsplans «Grüne Wirtschaft» des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) wurde die Zusammensetzung einer Ernährung mit geringem ökologischen Fussabdruck in der Schweiz ermittelt, wobei ein geringerer Fleischanteil durch mehr Gemüse, Kartoffeln, Getreide und Milchprodukte ausgeglichen wird. Dies scheint der Trend zu sein, den – laut Bundesbehörden – der allgemeine Konsum in den nächsten Jahren annehmen wird, wozu allerdings neben der Empfehlung, die Zufuhr von tierischem Eiweiss zu reduzieren, zunächst eine strenge Regulierung des Haltungssystems gehört. Es ist notwendig, dass der Staat in die Produktionsketten eingreift, um den Arbeitnehmern in der Landwirtschaft und den Konsumenten Garantien zu geben: Anständige Löhne müssen gewährleistet sein, die Ausbeutung billiger Saisonarbeit ausgeschlossen und gleichzeitig versucht werden, die Endpreise der Produkte tief zu halten. All dies dient der nachhaltigen Entwicklung des Schweizer Primärsektors und der Förderung einer gesunden und erschwinglichen Ernährung für die Bevölkerung.

In der Schweiz ist es gute Tradition, einen Betrieb mit geschlossenem Kreislauf zu haben, bei dem aus dem Mist der Tiere selbst Gülle

produziert wird, die wiederum auf die Wiesen ausgebracht wird, so dass die mineralischen Elemente der Tiernahrung in den Boden und das dort wachsende Gras zurückkehren. Leider verleitet der Preiswettbewerb nach unten die Betriebe zur Erzielung betriebswirtschaftlicher Vorteile mit hyperproduktiven Tieren, die Kraftfutter benötigen, das nicht auf dem Betrieb selbst produziert wird. Der Landwirt, der seine Tiere, den Boden und die Vegetation seiner Felder kennt, wird zum Manager, der die Futtersoftware einstellt, die GPS-Drohne bedient, der Inputs beschafft und Outputs vermarktet. Im kapitalistischen System bedeutet dies den Verlust von wichtigem Wissen der ländlichen Akteure und die totale Abhängigkeit von einigen wenigen grossen multinationalen Konzernen.

Ein starkes Agrar- und Lebensmittelsystem ist in erster Linie an die landwirtschaftlichen Flächen gebunden, die die Versorgung garantieren. Dazu schützt die schweizerische Gesetzgebung 438 460 Hektar ziemlich gut. Das exemplarische Beispiel der SBB-Werkstätten im Tessin zeigt jedoch, wie man sich täuschen kann. Auf dem Papier ist die durch den Bau von Lagerhallen verlorene landwirtschaftliche Fläche bester Qualität auf flachem Land ersetzt worden durch weniger fruchtbares Land an ungünstigeren Lagen.

Ein starkes Agrar- und Ernährungssystem ist zweitens eine gesunde lokale Wirtschaft, die in der Lage ist, dezentralisierte Arbeitsplätze auf dem Land mit anständigen Löhnen und Arbeitszeiten zu garantieren. In diesem Sinne ist es global aufgestellt, mit Rücksicht auf die Umweltressourcen und die Arbeitskraft anderer Länder. Dies steht im krassen Gegensatz zur Unterzeichnung der Freihandelsabkommen mit dem Mercosur und Indonesien. Durch die Unterzeichnung des Abkommens mit dem Mercosur wird der Import von Industriefleisch, Wein, Obst und Blumen aus Südamerika über eine Entfernung von mehr als 12 000 km noch einfacher. Der Schweizer Markt würde mit Fleisch aus Übersee überschwemmt, das zu einem

Preis angeboten wird, der sehr konkurrenzfähig mit Schweizer Fleisch ist; für dieses Importfleisch gilt jedoch oft, dass es nicht zu anständigen Löhnen produziert und die von der Schweizer Gesetzgebung geforderten Produktions- und Tierschutzstandards nicht eingehalten werden. Und es ist meist die Ursache für die Abholzung der Wälder. Das Abkommen mit Indonesien ist völlig ungünstig für indonesische Arbeiter und Bauern und allein zum Vorteil von Schweizer und andern westlichen Konzernen. Die Mechanisierung der indonesischen Industrie zu erleichtern, um sie de facto von der Technologie schweizerischer und westlicher multinationaler Konzerne abhängig zu machen, ist keine Entwicklungshilfe, sondern Imperialismus. Den Import von Palmöl aus Indonesien zu begünstigen bedeutet, jene multinationalen Konzerne zu belohnen, die Monokulturen betreiben, die die Artenvielfalt zerstören, die Arbeitskräfte mit miserablen Bedingungen und Kinderarbeit ausbeuten und die Kleinbauern und die indigene Bevölkerung von ihrem Land vertreiben. Durch die Überflutung des Schweizer Marktes mit einem sehr billigen Produkt entsteht eine unfaire Konkurrenz zu unseren heimischen Gemüsen.

Ein starkes Agrarnahrungsmittelsystem macht keinen übermässigen Gebrauch von synthetischen Produkten, ist diversifiziert und passt sich mit einheimischen Rassen und Sorten an die lokale Umgebung an. Diese hohen Standards der heimischen Produktion müssen auch für einfache und verarbeitete Agrarprodukte aus dem Ausland gelten, der niedrigere Preis auf Basis von Niedriglöhnen und einem unverhältnismässig grossen ökologischen Fussabdruck ist eine schädliche Konkurrenz.

Aufgaben der Kommunisten

Kommunistinnen und Kommunisten müssen das auf Subventionen basierende Agrarsystem in der Schweiz und anderen fortgeschrit-

tenen kapitalistischen Ländern analysieren. Der erste Widerspruch wird gerade durch die Rhetorik des staatlich subventionierten Bauern besiegt. Die Landwirte haben einen nicht unerheblichen symbolischen Einfluss zum Zeitpunkt der Abstimmung und die 14 Milliarden, die in den letzten vier Jahren der Agrarpolitik investiert wurden, zeigen, dass es sich immer noch um einen strategischen Sektor handelt. Leider stossen wir in der Realität immer wieder auf die Tendenz, die nationale Agrarproduktion als Verhandlungsmasse in Freihandelsabkommen zu verkaufen. Die Bauern sind zunehmend verschuldet, die Branche hat eine hohe Selbstmordrate, und sie werden regelmässig von grossen Einzelhändlern und grossen Marken benachteiligt, indem die festgelegten Preise nicht ausreichen, um die Erzeuger in Würde zu entlohnen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Frau des Bauern in seinem Unternehmen ohne Vertrag, ohne Schutz und ohne soziale Absicherung arbeitet und dass osteuropäische Arbeiter für ein paar Rappen arbeiten, weil der Marktpreis diese Kosten nicht einkalkuliert. Unsere Forderungen müssen sich gegen die grossen Verarbeiter und Verteiler richten, damit sie den Rohstoff ehrlich bezahlen, ohne die Produzenten zu erpressen mit dem Argument, im Ausland für viel günstiger einkaufen zu können. Deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, mit öffentlichen Mitteln zwei Aspekte zu garantieren, die die Gesetze des freien Marktes nicht erfüllen können: ein anständiges Einkommen für die Erzeuger und Arbeiter und gleichzeitig keine Auswirkung auf die Verbraucherpreise, wenn nicht sogar eine Senkung derselben, um gesunde und nachhaltige Lebensmittel für alle Bevölkerungsschichten zu gewährleisten. Wir müssen uns auch gegen Kürzungen in der Forschung, der kantonalen Beratung und der Ausbildung in diesem Bereich einsetzen, für einen partizipativen Wissenstransfer vom Experiment zur Produktion, für eine stärkere staatliche Kontrolle der Preise, für Ernährungssouveränität.

Was zu tun ist:

- «Grüne» Diskurse ablehnen, die eine individuelle und nicht eine kollektive Antwort auf Umweltfragen in den Vordergrund stellen. Ökologisierung muss immer unter Berücksichtigung der sozialen Auswirkungen analysiert werden, um die arbeitenden Klassen und – auch dank geeigneten Formen der Preisdämpfung – deren Kaufkraft zu schützen.
- Förderung einschneidender öffentlicher Eingriffe in Umweltfragen: Der Staat sollte den ökologischen Wandel planen und steuern und dabei öffentliche Investitionen, Subventionen und direkte Eingriffe in den Markt der Erhebung von Steuern auf die schwächeren Bevölkerungsschichten vorziehen. Wenn überhaupt, dann sollte das letztere Instrument genutzt werden, um das Grosskapital zu treffen, das das Terrain ausbeutet.
- Die Initiative für Ernährungssouveränität und den Antrag für einen Klimaforschungsfonds im Parlament durchsetzen.
- Parlamentarischer Beschluss über die Lebensmittelbank (mit Formen der Marktregulierung durch öffentliche Bestände).
- Festhalten an der ablehnenden Haltung gegen die Freihandelsabkommen mit Mercosur und Indonesien.
- Bekräftigung der Notwendigkeit menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und Löhne in der Landwirtschaft sowie eines fairen Preises für Rohstoffe.
- Förderung kurzer Lieferketten, ländlicher Märkte und dezentraler Einkaufsgruppen.
- Forderung an den Staatsrat, Gespräche mit dem grossflächigen Einzelhandel über die Förderung lokaler Produkte aufzunehmen.
- Sensibilisierung der Pflichtschulen für eine nachhaltige und gesunde Ernährungserziehung.

- Kostenlose oder ermässigte Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel.
- Förderung der Integration entschleunigter Mobilität (Radwege, eigene Fahrspuren) mit öffentlichen Verkehrsmitteln und kurzen Arbeitswegen.
- Betonung der Regulierung von Industrien und Verkehrserzeugern im Kampf gegen die Verschmutzung an Stelle kleiner Einzelaktionen.
- Förderung von Grünflächen in städtischen Gebieten (1 Baum ist 5 Klimaanlage wert), Minergie-Bau, staatlich subventionierte Heizungsanlagen mit erneuerbaren Energien.
- Obligatorische ökologische Modernisierung von Mietwohnungen und -gebäuden, mit öffentlicher Finanzierung zum vollen Schutz von niedrigen und mittleren Einkommen.
- Streben nach Energiesouveränität aus erneuerbaren Quellen, mit Hinweis auf Konzessionen an Wasserkraftunternehmen, die in den kommenden Jahren aufgegeben werden sollen.
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Korea im Bereich Saatgut und Intensivierung der Kontakte mit Laos und der kubanischen ANAP (Asociación Nacional de Agricultores Pequeños).